

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Hannover, 28. April 1948

spd/III/50

Auf dem Weg zum einigen Europa

Erich Ellenhauer, der Stellvertretende Vorsitzende der SPD, äußerte sich unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Paris unserem P.R.-Mitarbeiter gegenüber zu den Ergebnissen der Sozialistenkonferenz der Marshall-Länder.

Hauptzweck der Konferenz war es, die Vorstellungen der sozialistischen Parteien in Westeuropa in der Frage der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa aufeinander abzustimmen. Man hat ganz offensichtlich den ernstesten Willen, aus dem Zustand allgemeiner Deklarationen herauszukommen und sich über wichtige praktische Schritte auf dem Wege zu dem einheitlich erkannten Ziel zu verständigen.

Auch in dieser Hinsicht kann der Marshallplan eine wichtige Hilfsfunktion ausüben, da seine Durchführung bereits zwangsläufig eine sehr viel engere Zusammenarbeit der 16 in Betracht kommenden Länder bedingt, als sie bisher üblich war. Die sozialistischen Parteien dieser Länder wollen diesen günstigen Ansatzpunkt nach Kräften nutzen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auch über die Zeit des Marshallplanes hinaus eine maximale europäische Zusammenarbeit wirksam bleibt, wie sie den unerlässlichen europäischen Notwendigkeiten entspricht. Man war sich auch allgemein darüber klar, dass diese Aktion die Bereitschaft der Beteiligten voraussetzt, Teile des bisher so eifersüchtig gehüteten Souveränitätsprinzips zugunsten einer künftigen gemeinsamen Organisationsform aufzugeben. Selbstverständlich ist dieser letzte Punkt ein ausgesprochenes Fernziel, und die Schwierigkeiten, die auf dem Wege zu ihm überwunden werden müssen, sind enorm. Darüber besteht nirgends Unklarheit. Sehr deutlich kam auch zum Ausdruck, dass es nicht das Ziel der sozialistischen Parteien sein kann, die geplante europäische Union als einen Block oder eine Art Kampfinstrument gegen eine andere Konstellation anzusehen. Sie soll nichts anderes als eine Form der europäischen Selbsthilfe sein, von der man aufrichtig wünscht, dass sie eines Tages auf ganz Europa ausgedehnt

werden kann, so wie im Prinzip die Hilfe des Marshallplanes allen europäischen Ländern zur Verfügung stand, nur dass eine Reihe von ihnen auf den Befehl aus Moskau hin darauf verzichten mussten.

Hin und wieder wird die Frage aufgeworfen, ob nicht die Beschlüsse der sozialistischen Parteien der Marshallplan-Länder insofern etwas neben den Ereignissen einherlaufen, als die Entscheidung über die tatsächliche Entwicklung zuletzt doch in der Hand der entsprechenden Regierungen liegt, die durchaus nicht sämtlich sozialistisch geführt oder auch nur massgebend orientiert sind. Deshalb ist der Beschluss besonders wichtig, zwischen den sozialistischen Vertretern in den verschiedenen regierungsamtlichen Körperschaften der 16 Marshallplan-Länder ebenso wie der Fünferpakt-Staaten einen ständigen engen Erfahrungsaustausch zu unterhalten mit der zusätzlichen Aufgabe, Anregungen zu geben, was bei der Festlegung der amtlichen Regierungspolitik von erheblichem praktischen Wert sein kann.

Es muss die Aufgabe der sozialistischen Parteien sein, alles zu tun, um dem neu geschaffenen Ständigen Sekretariat oder jedem Gremium, das sich aus ihm entwickelt, eine echte übernationale Autorität zu geben, die dazu führt, dass man schliesslich zu einem gemeinsamen regierungsähnlichen Rat für Westeuropa kommt. Es ist selbstverständlich, dass die sozialistischen Parteien wachsam und kritisch gegenüber allen Tendenzen bleiben werden, die auf den Versuch hinauslaufen, die Westeuropäische Union zu einem Zentrum rein privatkapitalistischer bzw. konservativ-reaktionärer Kräfte zu machen.

Ein Punkt, an dem es Meinungsverschiedenheiten gab, war die Ruhrfrage, und hier wieder das Problem der internationalen Kontrolle. Auf der einen Seite handelte es sich darum, das Sicherheitsbedürfnis vor allem Frankreichs zu befriedigen und durch eine Kontrolle die Garantie dafür zu schaffen, dass in Deutschland nicht wieder aufgerüstet wird. Auf der anderen Seite muss nach Auffassung nicht allein der deutschen Sozialdemokraten das Ruhrgebiet unbedingt politisch bei Deutschland bleiben und den Deutschen muss die Möglichkeit gegeben werden, nach eigenem Ermessen die Sozialisierung der Schwer- und Grundstoffindustrie zugunsten des deutschen Volkes durchzuführen. Hier in dieser Spezialfrage gab es natürlich unter den Sozialisten aller 16 Länder keine Differenzen. Gerade über die Ruhrfrage wird man, wie schon mitgeteilt, im gleichen Kreise in Wien Anfang Juni von neuem beraten. Es liegen Anzeichen dafür vor, dass man dann zu positiveren Ergebnissen wird kommen können. (m/1/284/1/ho)

Klarheit über die französische Deutschlandpolitik

A.F. Paris, im April 1948

Die französische Deutschlandpolitik war in den letzten Monaten oft schwankend und ungewiß. Nun haben sich jedoch endlich einige klare Linien herauskristallisiert.

Die kommunistische Haltung ist bekannt, d.h., sie paßt sich jeweils den russischen Bedürfnissen an und umgibt sich, um die große Masse der Franzosen über ihre eigentlichen Absichten zu täuschen, mit dem Mantel des schärfsten Chauvinismus.

General de Gaulle hat in Marseille zu verstehen gegeben, wie er sich das kommende Westdeutschland vorstellt (den Osten hat er bereits von der europäischen Bilanz abgeschrieben). Er ist durchaus bereit, mit den deutschen Ländern zusammenzuarbeiten und den deutschen Wiederaufbau zu billigen, aber unter der Voraussetzung, daß diese Länder zunächst völlig autonom und souverän sind. Später dürfen sie sich dann in einen, wohl recht losen, Staatenbund zusammenschließen.

Schwerwiegender sind die gleichzeitig erfolgten Äußerungen des Ministerpräsidenten Schuman, der zu der an sich erstaunlichen Feststellung gekommen ist, daß Deutschland nie ein innerlich geeintes Gebilde gewesen ist, weil sich seine einzelnen Teile nicht nur kulturell und konfessionell, sondern auch ethnisch voneinander unterscheiden. Es gibt seines Erachtens "verschiedene Deutschlands" - also mehr als zwei - denen man erlauben müsse, sich zunächst in autonomen Staaten zu organisieren. "Diese Staaten können sich dann in der Folge zusammenschließen", erklärte der französische Ministerpräsident, "im Hinblick auf gemeinsame und begrenzte Aufgaben".

Diese Auffassung wird von den französischen Sozialisten abgelehnt. Das Zentralorgan der Partei "Le Populaire" hat sich in sehr klarer Form gegen "einen Versuch der Aufteilung Deutschlands" ausgesprochen.

Außenminister Bidault geht zweifellos mit dem ihm politisch nahestehenden Ministerpräsidenten einig. Man darf annehmen, daß sich der Quai d'Orsay vor allem von dem Gedanken leiten läßt, daß sich Frankreich zur Erreichung der von ihm erstrebten Führerstellung als prius inter pares in der kommenden westeuropäischen Gemeinschaft neben Italien auch auf Deutschland stützen muß, was nicht denkbar ist, wenn das kommende Westdeutschland einen starken, wenn auch betont föderalistischen Verband darstellt. Die Grundlage dieses Konzepts ist die Achse Paris-München-Wien mit einer Abzweigung nach Koblenz und Köln, ein Konzept, dessen Bedeutung für Frankreich durchaus zu verstehen ist, selbst wenn die angestrebte Entwicklung den deutschen Interessen entgegen läuft.

Die Bemerkung Schumans: "Wir geben nicht die Hoffnung auf, unsere Ansicht von unseren Alliierten gebilligt zu sehen", öffnet allen denkbaren Zugeständnissen die Tür. Es ist kaum anzunehmen, daß Frankreich wegen seiner Deutschlandpolitik die europäische Zusammenarbeit gefährdet. Es wird sich schließlich mit der klassischen föderalistischen Lösung und mit Kontrollrechten in der Ruhr zufrieden geben. Inzwischen haben sich die Ereignisse wieder überstürzt. Während Paris noch nicht entschlossen war, seine Zustimmung zur Schaffung der Trizone zu geben,

hat Washington bereits die Frage einer westdeutschen Regierung ventiliert. Damit wird die Trizone praktisch zu einer auf der wirtschaftlichen Ebene bereits von Frankreich anerkannten Selbstverständlichkeit. Die Beteiligung der französischen Zone an der westdeutschen Zentralbank kann als entscheidender Schritt gewertet werden, denn es gibt heute keine Selbständigkeit ohne eine Währungs- und Kredithoheit.

Der Bildung einer westdeutschen Regierung steht Frankreich dagegen noch sehr ablehnend gegenüber, und alle politischen Tendenzen haben einmütig den Wunsch, daß es der französischen Diplomatie gelingen möge, dieses Ereignis zunächst hinauszuschieben. Man befürchtet internationale Komplikationen und möchte ferner Sowjetrußland die Initiative einer endgültigen Zweiteilung Deutschlands überlassen. Die Gefahr einer überstürzten Zentralisierung Westdeutschlands spielt bei den französischen Erwägungen ebenfalls eine gewisse Rolle.

Das Hauptziel der französischen Diplomatie in den augenblicklichen Verhandlungen wird die Verhinderung der Bildung einer westdeutschen Regierung sein. Man verkennt in Paris nicht, daß Engländer und Amerikaner die westdeutsche Wirtschaft auf eine gesunde Grundlage stellen wollen und in der Beseitigung der Zonengrenzen und der Schaffung einer einheitlichen Wirtschaftslenkung die wichtigsten Voraussetzungen dazu sehen. Frankreich dürfte daher bereit sein, als Preis für den Aufschub einer westdeutschen Regierungsbildung seine Einwilligung zur Schaffung der Trizone zu geben.

Was geschehen wird, wenn Moskau auf die Trizone mit der schon lange vorbereiteten ostdeutschen Regierungsernennung antwortet, ist eine Frage, der man bisher ausgewichen ist.

Strukturwandel in Bayern

(Von unserem Münchener H.P.-Mitarbeiter)

Die Wahlen zu den Gemeindevertretungen und Kreistagen in Bayern brachten zunächst zwei Überraschungen. Die eine war die unerwartet hohe Wahlbeteiligung. Selbst politisch gut informierte Kreise in Bayern hatten eine gewisse Wahlmüdigkeit angenommen. Diese Wahlprognosen stellen ein Positivum der demokratischen Entwicklung dar. Das andere unerwartete Ergebnis dieser Wahl besteht darin, daß die Flüchtlinge sich in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht einer Partei angeschlossen, sondern ihre eigenen Listen gewählt haben. Diese Flüchtlingslisten stellen mit rund 16 Prozent den drittstärksten politischen Faktor nach der CSU und der SPD in Bayern dar. Der Anteil wäre wohl noch höher, wenn überall eigene Flüchtlingslisten vorhanden gewesen wären. Auch der Gegensatz - Flüchtlinge gegen Einheimische - hat zweifellos viele Wähler an die Wahlurne gebracht. Das Problem der Flüchtlinge wird für die politischen Parteien solange bestehen, bis die Flüchtlinge sowohl wirtschaftlich wie sozial in der Bevölkerung aufgesogen sind.

Von den Parteien hat die CSU eine empfindliche Schlappe erlitten. Während sie bei den Gemeindevahlen im April 1946, die hier zum Vergleich herangezogen werden müssen, noch 69 Prozent aller Stimmen erhielt, sank

ihr Anteil diesmal auf rund 44 Prozent. Dieser Rückgang des Vertrauens der Wähler für die CSU wird sich vermutlich in den kommenden Wahlen der Städte am 30. Mai 1948 noch deutlicher zeigen. Die SPD konnte ihre Stimmen vermehren und sich auf dem Lande gut behaupten. Für sie werden die Wahlen in den Städten von ausschlaggebender Bedeutung sein. Man hatte allerdings in ihren Kreisen mit einer stärkeren Zunahme aus Flüchtlingskreisen gerechnet. Immerhin wird es der SPD zusammen mit den Flüchtlingen möglich sein, in einer Reihe von Kreisen den Landrat zu stellen, auch in Kreisen, die bisher ausschließliche Domäne der CSU waren. - Keiner Täuschung darf man sich hinsichtlich des Erfolges der Bayernpartei hingeben. Diese Partei, aus der besonderen Mentalität der Bayern entstanden, hat zwar nur sieben Prozent der Stimmen erobert, aber sie hat auch nur in einer geringen Anzahl von Kreisen kandidiert. Ihren relativen Erfolg verdankt sie überwiegend der CSU. In kleineren oberbayerischen Kreisen konnte sie zur stärksten Partei aufrücken und sie wird bei den künftigen Wahlen einen beachtlichen politischen Faktor in Bayern darstellen, wenn sich diese Tatsache auch noch nicht in den kommenden Wahlen der Städte voll auswirken wird, da die Stadt für diese Partei nicht den geeigneten Boden darstellt. - Nicht verwunderlich ist die Schwäche der KPD in Bayern. Damit wird nur erhärtet, daß die KP. trotz ihres außerordentlich starken Einsatzes während der Wahlen eine Splitterpartei ist, und es wohl auch bleiben wird. - Ebenso sind die anderen Parteien, wie die WAV und Deutscher Block hoffnungslos zusammengeschmolzen. Sie haben ihre Wähler wahrscheinlich an die Bayernpartei abgetreten. Auch die FDP konnte im Gegensatz zu Hessen keine bedeutenden Erfolge erzielen, wenn es ihr auch in der Stadt gelingen wird, bessere Ergebnisse zu erzielen.

Eine Tatsache verdient, besonders hervorgehoben zu werden: Zum ersten Male war bei diesen Wahlen durch das sogenannte "Kumulieren und Panaschieren" für den Wähler die Möglichkeit gegeben, eine Persönlichkeitswahl vorzunehmen. Von dieser Möglichkeit haben aber nur rund 25 Prozent Gebrauch gemacht, 75 Prozent haben die einfache Listenvahl vorgezogen. Die Auszählung der restlichen 25 Prozent wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, wird aber keine grundsätzlichen Veränderungen an den Wahlergebnissen mehr ergoßen. Gesamtpolitisch gesehen hat sich bei diesen Wahlen doch ein sehr beachtlicher Strukturwandel in Bayern vollzogen. Die CSU ist aus ihrer Dauerstellung der absoluten Mehrheit herausgedrängt worden. Damit ist der jetzigen CSU-Regierung die politische Grundlage entzogen worden. Das Hinüberwandern der CSU-Wähler zur Bayernpartei deutet auf eine Verschärfung der politischen Entwicklung in Bayern hin. - In diesem Zusammenhang gewinnt die Forderung nach Auflösung des bayerischen Landtages durch einen Volksentscheid, die der Landesvorsitzende der SPD in Bayern, Waldemar von Knoeringen, nach dem Vorliegen der Wahlergebnisse erhob, an Bedeutung, zumal die Neubürger, die FDP und die Bayernpartei sich dieser Forderung angeschlossen haben.

Solidarität

sp. Der Vorgang lief als Meldung mit erheblichem Neuigkeitwert über alle Agenturen, keine Zeitung hat sie sich wohl entgehen lassen: Der Ministerpräsident eines deutschen Landes stellt sich an die Spitze des Hungermarsches einer 200 Mann starken Gewerkschaftsabordnung, die er durch die Hauptstadt zur Wohnung des amtierenden britischen Zivilgouverneurs führt. Er tut das, obwohl die protestierenden Arbeiter bis in den Saal vorgestoßen sind, in dem die Regierung gerade tagte, keineswegs unter ihrem Druck, sondern erklärt sich sofort mit ihnen solidarisch und schlägt von sich aus diesen auffallenden und alle Züge echter Spontaneität tragenden Schritt vor.

Der Ministerpräsident - Hinrich Kopf in Niedersachsen - ist Sozialdemokrat. Ohne daß aus dieser Tatsache in dem gegebenen Zusammenhang besonderes politisches Kapital geschlagen werden soll, sind wir doch der Ansicht, daß diese Tatsache das Bild dieses immerhin ungewöhnlichen Vorganges bestimmt hat. Sie erzeugte den sofortigen ungekünstelten Kontakt zwischen Arbeitervertretung und Regierungschef, sie führte zu dessen initiativer Bereitschaft, die Forderungen der Arbeiter sich zu eigen zu machen und an der erreichbaren höchsten Stelle zu vertreten und zu der selbstverständlichen Formlosigkeit, in der die für die Arbeiterschaft entscheidend wichtige Angelegenheit betrieben wurde. Das Wort Solidarität, ohne Pose und falsches Pathos, bekam wieder einmal Klang und Farbe.

-u

-.-.-

Die österreichischen Arbeiter unter bolschewistischen Fabrikherren

sp. Der Chefredakteur des Hauptorgans der schwedischen Sozialdemokratie "Morgon Tidningen", Gösta Elfving, berichtet in seinem Blatt über seine Eindrücke in der russischen Zone ^{Osterreichs} über das Verhältnis des Arbeiters zur bolschewistischen Besatzungsmacht heißt es darin u.a.: "Ein Vertreter der Arbeiter im Viertel unter dem Rennartsberg, berichtete über ein russisch geleitetes Unternehmen in Lilienfeld, wo die Arbeiter seit drei Wochen keinen Lohn bekommen haben. Die Landerbeiter auf Gütern, die von den Russen übernommen wurden, warten bereits seit mehr als einem Monat auf ihren Lohn. Der Redner hob hervor, daß "die österreichische Arbeiterklasse sehr wohl versteht, daß sie klüger tut, ihr Recht in die Hände der sozialistischen Partei als in die Hand ausländischer Agenten zu legen".

Ein Vertreter aus St. Valentin in Niederösterreich schilderte, was in einer okkupierten Fabrik geschah. Die Fabrikleitung zieht die Beiträge für die Gewerkschaft, Unfallversicherung und Krankenkasse vom Lohn ab, aber die Summen werden niemals von den betreffenden Instanzen gebucht. Nach den auf der Konferenz gemachten Angaben waren 46.000 Schilling an Gewerkschaftsbeiträgen, 70.000 für Unfallversicherung und 300.000 für die Krankenversicherung niemals an diese übersandt worden. Als der Betriebsrat verlangte, daß die Gelder an die rechten Besitzer überwiesen werden sollten, drohte man damit, die gesamte Arbeiterschaft zu verabschieden."

-.-.-

Verantwortlich: Peter R a u n e u